

Kontrolle verloren: Regierung hat kein Konzept für Grenzschießung – Migranten muss die Einreise erlaubt werden

[Veröffentlicht am 30.07.2017 von EpochTimes](#)

Hat die Bundesregierung die Kontrolle über Deutschlands Grenzen gänzlich aufgegeben? Diese Frage scheint berechtigt. Denn trotz anhaltender Migrantenkrise sieht sich Berlin offenbar nicht in der Lage, die Grenzen und somit die Bundesbürger zu schützen. **Anstatt Lösungen für die massiven Probleme zu finden, bestimmen leere Floskeln den politischen Alltag.**

Auch zwei Jahre nach Beginn der Flüchtlingskrise liegt der Bundesregierung kein rechtliches Konzept zu der Frage vor, ob Asylsuchende an der Grenze konsequent zurückgewiesen werden dürfen.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums wurden damals im Rahmen der Einführung von Grenzkontrollen „verschiedene rechtliche Überlegungen“ angestellt, berichtet die *„Welt am Sonntag“*. Eine *„abschließende Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung“* sei aber *„nicht erfolgt“*. Laut Justizministerium waren die *„Erwägungen allgemeiner Natur“*. Sie *„gingen nicht über ein Notizstadium“* hinaus. Ein Prüfergebnis könne daher nicht mitgeteilt werden. Mit Blick auf eine Anfrage an Flüchtlingskoordinator *Peter Altmaier* (CDU) verwies das Bundespresseamt auf die Antwort des Innenministeriums. Dies zeigt:

- ❖ Die Bundesregierung will die Grenzen nicht schützen. Und das trotz steigender Terrorgefahr. Weiterhin werden Hunderttausende Menschen in die EU und schließlich nach Deutschland gebracht, deren Herkunft und Absichten völlig unklar sind. Über den Grund, warum die Bundesregierung nicht gegen diesen Trend steuert, kann nur spekuliert werden.

„Migranten muss die Einreise erlaubt werden“

Der Europarechtler *Daniel Thym* geht nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in dieser Woche zur Dublin-Verordnung davon aus, dass unter den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen

- ❖ *„Zurückweisungen an einer Schengen-Binnengrenze eigentlich nicht vertreten werden können“*.

In absoluten Krisensituation mag dies zwar möglich sein – *„doch dann müsste die Lage wohl kritischer als 2015 sein“*, sagte Thym. *„Eine einfache Grenzschießung scheint nicht mehr erlaubt.“* Migranten müsse die Einreise erlaubt werden – *„erst nach der Prüfung und Entscheidung kann man sie zurückschicken“*, erklärte Thym.

Zuletzt warnte SPD-Kanzlerkandidat *Martin Schulz* angesichts von hohen Ankunftsahlen in Italien vor einer Wiederholung der Flüchtlingskrise von 2015. Damals kamen fast eine Million Asylsuchende nach Deutschland. Im Wahlprogramm erklärt die Union, dass sich eine Situation wie damals nicht wiederholen dürfe. Die Zahl der Asylsuchenden solle dauerhaft niedrig bleiben. (dts/so)